

## Geschäftsordnung des Doktorandenkonvents der Universität Heidelberg

Doktorandenkonvent Universität Heidelberg  
Im Neuenheimer Feld 370  
69120 Heidelberg

Der Doktorandenkonvent der Universität Heidelberg hat auf der konstituierenden Vollversammlung am 26.11.2015 folgende Geschäftsordnung nach § 38 Abs. 7 S. 4 Landeshochschulgesetz beschlossen. Die Geschäftsordnung wurde zuletzt bei der Vollversammlung am 31.05.2021 geändert.

### § 1 – Selbstverständnis und Aufgaben des Doktorandenkonvents

- (1) Der Doktorandenkonvent versteht sich als zentrales Forum und als Vertretung aller Doktorand:innen der Universität Heidelberg.
- (2) Er vertritt die Interessen der Doktorand:innen aller Wissenskulturen und Promotionsarten. Seine Aufgabe ist die Vertretung der Doktorand:innen innerhalb der Universität Heidelberg in Bezug auf ihre rechtliche und soziale Stellung, ihre jeweilige Promotionsart und ihre Finanzierung sowie angrenzende Themenfelder. Insbesondere spricht er empfehlende Stellungnahmen zu Promotionsordnungen aus.
- (3) Der Konvent berücksichtigt fachspezifische Wissenschaftskulturen und die Forschungsfreiheit und wahrt diese aktiv.
- (4) Er fördert als Konvent auf Universitätsebene die interdisziplinäre sowie internationale Vernetzung der Doktorand:innen und ihren Austausch untereinander.
- (5) Der Doktorandenkonvent versteht sich als vermittelnde Instanz zwischen den Universitätsgremien sowie allen weiteren Instanzen, die für die Belange der Doktorand:innen wichtig sind, und den Doktorand:innen und strebt eine konstruktive Zusammenarbeit an. Selbiges gilt auch für eine Kooperation mit den Vertretungen von Doktorand:innen an anderen Universitäten.

### § 2 – Gleichstellungsklausel

Alle in dieser Geschäftsordnung verwendeten Bezeichnungen für Personen, Ämter und Funktionen gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

### § 3 – Definitionen und Zuordnungen

- (1) Doktorand:in der Universität Heidelberg ist, wer durch den Promotionsausschuss einer Fakultät der Universität Heidelberg zur Promotion angenommen wurde.
- (2) Der Doktorandenkonvent ist der Zusammenschluss aller Doktorand:innen der Universität Heidelberg.

- (3) Die einzelnen Fakultäten der Universität Heidelberg sind im Rahmen des Doktorandenkonvents vier Wissenskulturen zugeordnet.
- (a) Der Wissenskultur „Geisteswissenschaften“ sind zugeordnet die Philosophische, die Neuphilologische sowie die Theologische Fakultät.
  - (b) Der Wissenskultur „Lebenswissenschaften“ sind zugeordnet die Fakultät für Biowissenschaften, sowie die Medizinischen Fakultäten Heidelberg und Mannheim.
  - (c) Der Wissenskultur „Naturwissenschaften“ sind zugeordnet die Fakultäten für Chemie und Geowissenschaften, für Mathematik und Informatik sowie für Physik und Astronomie.
  - (d) Der Wissenskultur „Sozialwissenschaften“ sind zugeordnet die Fakultäten für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, für Verhaltens- und Empirische Kulturwissenschaften sowie die Juristische Fakultät.
- (4) Diese Geschäftsordnung unterscheidet im Rahmen des Doktorandenkonvents die drei folgenden Promotionsarten. Mehrfachzuordnungen von Doktorand:innen sind möglich.
- (a) Als „Doktorand:in mit Qualifikationsstelle“ gilt, wer bei einer Einrichtung der Universität Heidelberg oder einer externen wissenschaftlichen Einrichtung angestellt ist und eine Qualifikationsstelle besetzt, in deren Rahmen er:sie an einer Dissertation arbeitet.
  - (b) Als „Doktorand:in im Rahmen eines Graduiertenstudiengangs“ gilt, wer als Mitglied einer Graduiertenschule oder einer vergleichbaren Einrichtung innerhalb eines strukturierten Promotionsprogramms an einer Dissertation arbeitet.
  - (c) Als „Doktorand:in im Rahmen einer Individualpromotion“ gilt, wer unter individueller Betreuung und außerhalb eines strukturierten Promotionsprogramms an einer Dissertation arbeitet.
- (5) Die Organe des Doktorandenkonvents sind (a) der Vorstand und (b) die Arbeitsgruppen.

## § 4 – Vorstand

- (1) Der Vorstand des Konvents besteht aus elf Mitgliedern. Er setzt sich aus je zwei Vertreter:innen der vier Wissenskulturen (nach § 3 Abs. 3) und je einer vertretenden Person pro Promotionsart (nach § 3 Abs. 4) zusammen. Innerhalb einer Wissenskultur gehören die Vorstandsmitglieder unterschiedlichen Fakultäten an, soweit dies durch die Kandidaturen möglich ist.
- (2) Die Aufgaben des Vorstandes sind insbesondere:
- (a) Die repräsentative Vertretung der Doktorand:innen gemäß seiner Zusammensetzung.
  - (b) Die Beschlussfassung und deren Umsetzung im Namen des Doktorandenkonvents bei aktuell anfallenden und kontinuierlichen Aufgaben.
  - (c) Das Aussprechen von Empfehlungen im Namen des Doktorandenkonvents.

- (d) Die Kommunikation des Doktorandenkonvents mit anderen Gremien und Organen der Universität sowie externen Institutionen, sofern diese mit Aufgaben, die die Doktorand:innen betreffen, betraut sind.
  - (e) Die Bestätigung von Arbeitsgruppen des Doktorandenkonvents und die Initiierung von Arbeitsgruppen bei fakultätsspezifischen Fragestellungen.
  - (f) Die Durchführung der jährlichen Vollversammlung (nach §6) und der regulären Sitzungen (nach §7).
- (3) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Ist der Vorstand nicht beschlussfähig, so wird in dringenden Angelegenheiten innerhalb von einer Woche eine außerordentliche Sitzung einberufen, bei der der Vorstand unabhängig von der Zahl der Anwesenden beschlussfähig ist. Die Mitglieder des Vorstandes sind gleichberechtigt. Für die Beschlussfassung genügt die einfache Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des:der Sprecher:in (gewählt nach §4 (4)).
- (4) Die Mitglieder des Vorstandes wählen aus ihrer Mitte eine:n Sprecher:in und eine:n Stellvertreter:in. Gewählt ist jeweils, wer die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit erfolgt eine Stichwahl zwischen den Kandidierenden mit den meisten Stimmen. Wenn eine Stichwahl kein Ergebnis hervorbringt, entscheidet das Los.
- (5) Der Vorstand tagt in regelmäßigen Abständen. Die Sitzungen des Vorstandes müssen allen Mitgliedern des Vorstandes mit einer vorläufigen Tagesordnung mindestens zwei Tage vor der Sitzung angekündigt werden. Die Tagesordnung wird spätestens zu Beginn der Sitzung festgelegt.
- (6) Der Vorstand nominiert die Kandidierenden für die Vertretung der Doktorand:innen im Council for Graduate Studies sowie im Erweiterten Direktorium der Graduiertenakademie, vorzugsweise aus den Reihen der Vorstandsmitglieder. Die Anzahl der Kandidierenden richtet sich nach der jeweils gültigen Geschäftsordnung der beiden Gremien.
- (7) Die Mitglieder des Vorstandes wählen aus ihrer Mitte eine:n Vertreter:in für die Belange internationaler Doktorand:innen.
- (8) Rücktritte aus dem Vorstand sind dem Vorstand mit einer Frist von vier Wochen bekanntzugeben. Beendet ein Mitglied des Vorstandes sein Promotionsvorhaben, so endet sein Amt als Vorstand. Freiwerdende Sitze müssen der nach § 5 Abs. 6 nächstplatzierten kandidierenden Person der letzten Vollversammlung, die mindestens eine Stimme erhalten hat, angeboten werden.
- (9) Der Vorstand ist dafür verantwortlich, Beschlüsse und Wahlergebnisse der Vollversammlung den zuständigen Gremien und Organen der Universität Heidelberg mitzuteilen.

## § 5 – Wahl des Vorstandes

- (1) Die Mitglieder des Vorstandes werden von allen anwesenden Wahlberechtigten der Vollversammlung gewählt. Die Durchführung der Wahl obliegt dem amtierenden Vorstand.

Die Auszählung der Stimmen darf nicht durch diejenigen durchgeführt werden, die als Kandidierende bei der entsprechenden Wahl antreten.

- (2) Jedes Mitglied des Vorstandes wird für ein Jahr gewählt. Eine Wiederwahl ist bis zu fünfmal möglich. Diese Amtszeit von einem Jahr gilt auch für Aufgaben innerhalb des Vorstandes nach § 4 Abs. 4–7 sofern die Satzungen der entsprechenden Gremien nichts anderes regeln.
- (3) Durch die Wahl erteilt der Doktorandenkonvent dem Vorstand das Mandat, im Namen des Doktorandenkonvents zu sprechen und Entscheidungen zu treffen.
- (4) Passiv wahlberechtigt sind alle Doktorand:innen der Universität Heidelberg für die jeweils zutreffenden Sitze des Vorstandes. Die Kandidatur für mehrere Sitze ist möglich, eine Mehrfachwahl nicht. Kandidiert eine Person für mehrere Sitze und ist dies für einen dieser Sitze die einzige Kandidatur, so gilt diese Kandidatur automatisch ausschließlich für den Sitz, für den sie die einzige Kandidatur ist. Gewinnt eine kandidierende Person mehrere Sitze, so ist er:sie für den Sitz gewählt, für den er:sie relativ zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen für die betreffende Wahlliste mehr Stimmen erhalten hat. Der Aufruf zur Kandidatur durch den amtierenden Vorstand erfolgt sechs Wochen vor dem geplanten Termin der Vollversammlung. Kandidaturen sind dem Vorstand bis zwei Wochen vor dieser Vollversammlung mitzuteilen.
- (5) Aktiv wahlberechtigt sind alle Doktorand:innen (nach § 3 Abs. 1) für die jeweils zutreffende Wissenskultur und Promotionsart nach § 3 Abs. 3 und 4. Kann sich ein:e Doktorand:in mehreren Wissenskulturen oder mehreren Promotionsarten zuordnen, so liegt die Entscheidung, für welche Wissenskultur oder für welche Promotionsart die betreffende Person abstimmt, bei ihr. Alle Doktorand:innen sind wahlberechtigt für ihre Wissenskultur, für die sie jeweils bis zu zwei Stimmen abgeben können und für eine Promotionsart, für die sie eine Stimme abgeben können. Für jede kandidierende Person kann nur eine Stimme abgegeben werden.
- (6) Gewählt ist für die Vorstandssitze der Promotionsarten die kandidierende Person mit den meisten Stimmen. Kandidierende, die keine Stimme erhalten haben, gelten als nicht gewählt. Gewählt sind für die Vorstandssitze der Wissenskulturen die beiden Kandidierenden mit den meisten Stimmen je Wissenskultur. Gehören innerhalb einer Wissenskultur beide Kandidierenden derselben Fakultät an und sind auf Kandidierende anderer Fakultäten innerhalb dieser Wissenskultur Stimmen entfallen, so ist für den zweiten Sitz die kandidierende Person gewählt, die die nächstmeisten Stimmen erhalten hat und nicht der Fakultät der kandidierenden Person mit den meisten Stimmen angehört.
- (7) Falls für einen Sitz des Vorstands niemand kandidiert, kann jede:r Doktorand:in unabhängig von Wissenskultur und Promotionsart für diesen Sitz kandidieren.
- (8) Bei Stimmgleichheit entscheidet das Losverfahren zwischen den stimmgleichen Kandidierenden. Die Durchführung des Losverfahrens obliegt einem Mitglied der Vollversammlung, das nicht dem Vorstand angehört und das von der Vollversammlung mit einfacher Mehrheit ausgewählt wird.
- (9) Das Recht zur Stimmabgabe wird bei der Vollversammlung durch den Nachweis der Annahme zur Promotion durch eine Fakultät der Universität Heidelberg oder der Immatrikulation als Doktorand:in an der Universität Heidelberg nachgewiesen. Alternativ

kann das Recht zur Stimmabgabe durch Abgleich des Namens (Vor- und Nachname) mit der Datenbank des Zentralen Doktorandenbüros der Universität Heidelberg erbracht werden, der durch Mitglieder des aktuellen Vorstands vorgenommen wird.

- (10) Will der Vorstand zurücktreten, so ist durch den Vorstand eine außerordentliche Vollversammlung einzuberufen und Neuwahlen abzuhalten gemäß den zeitlichen Fristen nach § 5 Abs. 4 und § 6 Abs. 1.
- (11) Eine Abwahl des gesamten Vorstandes kann durch die Vorlage von 500 Unterschriften von Doktorand:innen sowie die Benennung von mindestens sieben Kandidierenden gemäß Absatz 4 beantragt werden. In diesem Fall ist durch den Vorstand eine außerordentliche Vollversammlung mit Neuwahlen gemäß den zeitlichen Fristen nach Absatz 4 und § 6 Abs. 1 Buchstabe a einzuberufen.
- (12) Um eine kontinuierliche Arbeit des Doktorandenkonvents zu gewährleisten, kann ein Beirat eingerichtet werden, der wie folgt zusammengesetzt ist:
- (a) Drei Vertreter:innen aus dem Vorstand der vorangegangenen Amtszeit, welche der Vorstand der vorangegangenen Amtszeit aus seiner Mitte wählt. Sie sind bis zu drei Monate nach der Wahl des Vorstandes tätig.
  - (b) Beratende Doktorand:innen, die vom Vorstand berufen werden können.

Die Mitglieder des Beirats sind in die Arbeit des Vorstandes einzubeziehen, haben aber weder Vertretungsfunktion noch Stimmrecht.

- (13) In außergewöhnlichen Situationen, insbesondere bei Durchführung einer Vollversammlung als Videokonferenz nach § 6 a, kann die Wahl des Vorstandes mit einem geeigneten digitalen System durchgeführt werden.
- (14) In der Regel dauert die Legislaturperiode des Vorstandes vom 1. Oktober bis zum 30. September des Folgejahres.

## § 6 – Vollversammlung

- (1) Einberufung von Vollversammlungen:
- (a) Einmal jährlich wird durch den amtierenden Vorstand eine reguläre Vollversammlung der Doktorand:innen einberufen. Die Einladung erfolgt zwei Wochen vor dem Tagungstermin unter Bekanntgabe der Kandidaturen und der Tagesordnung. Aufgabe der regulären Vollversammlung ist die Wahl des neuen Vorstandes und bei Bedarf die Änderung der Geschäftsordnung. Sie wird durch den:die Sprecher:in des amtierenden Vorstandes geleitet und tagt öffentlich. Die Vollversammlung trifft ihre Entscheidungen mit einfacher Mehrheit.
  - (b) Bei besonders wichtigen Anliegen kann eine außerordentliche Vollversammlung einberufen werden. Einladung, Leitung und Entscheidungsfindung erfolgen analog zur regulären Vollversammlung.
- (2) Die reguläre Vollversammlung erhält einen Bericht des Vorstandes über das vergangene Jahr und entlastet diesen.

- (3) Die reguläre und außerordentliche Vollversammlung wird protokolliert. Das Protokoll wird von der Leitung der Vollversammlung und der protokollierenden Person unterzeichnet. Die Veröffentlichung des Protokolls findet auf der Homepage des Konvents statt. Der Datenschutz ist einzuhalten.
- (4) Tagungssprache der regulären und außerordentlichen Vollversammlung ist nach Bedarf Deutsch und/oder Englisch. Zentrale Dokumente (Einladungen, die Geschäftsordnung sowie Protokolle) des Doktorandenkonvents sind auf Deutsch und Englisch zur Verfügung zu stellen.

## § 6 a Vollversammlung in Form einer Videokonferenz

- (1) In außergewöhnlichen Situationen, in denen es nicht möglich, verhältnismäßig oder zulässig ist, eine Präsenzversammlung durchzuführen, kann eine Vollversammlung als Videokonferenz stattfinden. Die Entscheidung über die Durchführung einer solchen Form der Konferenz trifft der Vorstand. Eine vorherige Anmeldung der Teilnehmenden zu einer solchen Vollversammlung soll erfolgen; Näheres hierzu bestimmt der Vorstand.
- (2) Die Auswahl eines geeigneten Systems für die Videokonferenz sowie eines geeigneten Übermittlungsformats für Beratungsunterlagen obliegt dem Vorstand unter Beachtung sonstiger rechtlicher Vorgaben. Die Sitzungsleitung muss in dem System die nach dem jeweiligen Stand der Technik erforderlichen Voreinstellungen treffen, die die datenschutzkonforme Nutzung und technische Funktionsfähigkeit sicherstellen. Das System für die Videokonferenz darf bei den einzelnen Teilnehmenden – abgesehen von der Nutzung geeigneter Hardware und einer Internetverbindung – keine Mehrkosten verursachen. Die gewählte Form der Konferenz muss eine einer Präsenzsitzung im Wesentlichen vergleichbare gemeinsame Willensbildung des Gremiums ermöglichen. Gegebenenfalls kann ein weiteres System zur parallelen Durchführung von Wahlen und Abstimmungen genutzt werden. Durch geeignete technische, personelle und finanzielle Maßnahmen ist sicherzustellen, dass die Wahl oder Abstimmung ohne eine Möglichkeit zur Manipulation und unter Wahrung des Wahlgeheimnisses erfolgen kann.
- (3) Soweit in diesem Paragraphen keine abweichenden Regelungen getroffen sind, gelten die weiteren Regelungen der Geschäftsordnung entsprechend auch für Videokonferenzen.
- (4) Die Einberufung einer Videokonferenz soll zusätzlich unter Angabe der Einwahldaten erfolgen; die Einwahldaten müssen spätestens an dem der Videokonferenz vorausgehenden Werktag mitgeteilt werden. Die Sitzungsleitung informiert die teilnahmeberechtigten Personen so rechtzeitig über die Systemvoraussetzungen für die Teilnahme und die Bedienung, dass diese in die Lage versetzt werden, die auf ihrer Seite erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die Einladung und ggf. Beratungsunterlagen werden ausschließlich elektronisch übermittelt.
- (5) Mit erfolgreicher Herstellung der Verbindung zu dem gewählten System gilt die teilnehmende Person als anwesend. Eine Verbindung gilt als erfolgreich, wenn der Sitzungsleiter die Identität zweifelsfrei feststellen, die teilnehmende Person den Verlauf der

Sitzung in Ton und Bild verfolgen und sich den anderen Teilnehmenden mitteilen kann. Wer sich zur Vollversammlung angemeldet hat, aber keine unterbrechungsfreie Verbindung herstellen kann und dies bei der Sitzungsleitung nicht beanstandet, gilt ebenfalls als anwesend.

- (6) Zu Beginn der Sitzung überprüft die Sitzungsleitung die Identität der Anwesenden und ihre tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeit. Eine Aufzeichnung der Sitzung ist nicht zulässig.
- (7) Ist die Übertragung der Sitzung aus technischen Gründen unterbrochen, so soll die Sitzungsleitung eine angemessene Unterbrechung der Sitzung festlegen, damit sich die Teilnehmenden wieder mit dem System verbinden können. Ist dies nicht möglich, so entscheidet die oder die Sitzungsleitung, ob die Sitzung fortgesetzt oder vorzeitig abgebrochen und zu einem späteren Zeitpunkt, ggf. mit einem anderen System, wiederholt wird.
- (8) Vor einer Abstimmung hat sich die Sitzungsleitung zu vergewissern, dass die Voraussetzungen für eine Mitwirkung aller Teilnehmenden weiterhin vorliegen. Die Abstimmung hat so zu erfolgen, dass das Abstimmungsergebnis zweifelsfrei feststellbar ist und unzulässige mehrfache Stimmabgaben sowie Stimmabgaben durch nicht stimmberechtigte Teilnehmende ausgeschlossen sind.
- (9) Sind Abstimmungen oder Wahlen geheim durchzuführen, ist die Beschlussfassung in einem geeigneten elektronischen Verfahren herbeizuführen. Die Kandidaturen zur Wahl des Vorstands werden üblicherweise während der Vollversammlung bekannt gegeben. Kann die Wahl aus außerordentlichen Gründen nicht in Präsenz stattfinden, obliegt es dem Vorstand die Wahl mit einem geeigneten digitalen System durchzuführen. Das Wahlergebnis wird anschließend dem Protokoll der Vollversammlung hinzugefügt und gemeinsam mit diesem veröffentlicht.
- (10) Das Protokoll muss zusätzlich folgende Angaben enthalten:
  - die Art der Sitzung (Videokonferenz),
  - das verwendete System,
  - die Anwesenheit als Videoteilnahme,
  - die Gründe für die Durchführung als Videokonferenz,
  - die Art der Abstimmung und weitere Hinweise der Sitzungsleitung zur Durchführung der Videokonferenz.

## § 7 – Reguläre Sitzungen

- (1) Die regulären Sitzungen finden mindestens einmal pro Semester öffentlich für alle Doktorand:innen (nach § 3 Abs. 1) statt. Aufgabe der regulären Sitzungen ist die Bearbeitung aktuell anfallender und kontinuierlicher Aufgaben. Bei regulären Sitzungen ist allen Doktorand:innen Rederecht einzuräumen. Die Leitung der regulären Sitzungen obliegt einem Mitglied des Vorstandes, welches der Vorstand aus seiner Mitte wählt.

- (2) Über die Tagungstermine der regulären Sitzungen entscheidet der Vorstand. Diese sind durch den Vorstand spätestens vier Wochen vor dem Tagungstermin bekanntzugeben. Anträge für die Tagesordnung sind dem Vorstand bis spätestens zwei Wochen vor dem Tagungstermin mitzuteilen. Der Vorstand erstellt die Tagesordnung und gibt diese eine Woche vor dem Tagungstermin bekannt.
- (3) Stimmberechtigt ist auf regulären Sitzungen der Vorstand.
- (4) Die regulären Sitzungen werden protokolliert. Die Protokolle werden von der Sitzungsleitung und der protokollierenden Person unterzeichnet. Die Veröffentlichung der Protokolle findet auf der Homepage des Konvents statt. Der Datenschutz ist einzuhalten.
- (5) Tagungssprache der regulären Sitzungen ist nach Bedarf Deutsch und/oder Englisch.

## § 8 – Themen- und fakultätsspezifische Arbeitsgruppen

- (1) Die Aufgabe themenspezifischer Arbeitsgruppen ist die Mitgestaltung der Arbeit des Doktorandenkonvents durch die Bearbeitung themenspezifischer Fragestellungen und die Vorbereitung von Stellungnahmen und geeigneten Maßnahmen zu diesen Fragestellungen. Die Aufgabe fakultätsspezifischer Arbeitsgruppen ist die Mitgestaltung der Arbeit des Doktorandenkonvents durch die Vorbereitung von Empfehlungen zu Promotionsordnungen und anderen fakultätsspezifischen Fragestellungen.
- (2) Auf Initiative von mindestens drei Doktorand:innen können themenspezifische Arbeitsgruppen des Konvents eingerichtet werden. Thema, Aufgabe und Ziel der Arbeitsgruppe sind klar zu benennen.
- (3) Die Arbeitsgruppen werden als offizielle Arbeitsgruppen des Konvents durch den Vorstand in einer regulären Sitzung bestätigt.
- (4) Der Vorstand hat in seiner Funktion als Vertretung der Doktorand:innen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu berücksichtigen. Für einen Beschluss entgegen der Empfehlung einer themenspezifischen Arbeitsgruppe muss die Mehrheit der Anwesenden zustimmen; für einen Beschluss entgegen der Empfehlung einer fakultätsspezifischen Arbeitsgruppe müssen zwei Drittel der Anwesenden zustimmen.
- (5) Fakultätsspezifischen Fragestellungen (Änderung der Promotionsordnung oder Vergleichbares) sollte der Vorstand unter Einbeziehung von Doktorand:innen der betreffenden Fakultät bearbeiten.
- (6) Eine Arbeitsgruppe soll für die Zeit ihres Bestehens dauerhaft aus mindestens drei Mitgliedern bestehen. Neu hinzukommende oder ausscheidende Mitglieder einer Arbeitsgruppe sind dem Vorstand bekanntzugeben.
- (7) Jede Arbeitsgruppe wählt aus ihrer Mitte eine:n Sprecher:in als Ansprechperson für den Vorstand.
- (8) Die Arbeitsgruppen, ihre Mitglieder und Sprecher:innen sind mit einer Möglichkeit zur Kontaktaufnahme auf der Homepage des Konvents bekanntzugeben.
- (9) Die Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppen und der Bericht hierüber sind als Tagesordnungspunkte auf jeder regulären Sitzung anzusetzen.

- (10) Eine Arbeitsgruppe wird durch den Vorstand auf einer regulären Sitzung aufgelöst, wenn das Ziel der Arbeitsgruppe erreicht ist, grobe Verstöße gegen Thema und Ziel der Arbeitsgruppe vorliegen oder dieses Ziel dauerhaft nicht mehr verfolgt wird.

## § 9 – Änderung der Geschäftsordnung

- (1) Eine Änderung der Geschäftsordnung kann auf einer Vollversammlung mit einer einfachen Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten beschlossen werden.
- (2) Änderungsanträge für die Geschäftsordnung sind mit einer schriftlichen Begründung an den Vorstand zu richten.
- (3) Änderungsanträge für die Geschäftsordnung sind mit der Ankündigung der Vollversammlung bekanntzugeben.

## § 10 – Finanzen

- (1) Gemäß § 65 a Abs. 5 LHG verwendet der Doktorandenkonvent die Beiträge der eingeschriebenen Doktorand:innen für deren Belange.
- (2) Die Beiträge werden von der verfassten Studierendenschaft (VS) verwaltet und in Abstimmung mit dem Doktorandenkonvent vergeben. Für die Bewirtschaftung der Mittel der Doktoranden werden die Regelungen der Finanzordnung der VS sinngemäß angewandt. Der Doktorandenkonvent leistet in Absprache mit der VS einen finanziellen Beitrag an die VS. Dieser Beitrag wird für Verwaltungsaufwand des Studierendenrats sowie für die Leistungen der VS, die auch von Doktorand:innen in Anspruch genommen werden können, gezahlt.
- (3) Der Vorstand bestellt bis zu zwei Doktorand:innen zu Finanzverantwortlichen. Sie erstellen auf Grundlage von Beratungen in der Vollversammlung einen Haushaltsplan für den Doktorandenkonvent und arbeiten mit den Finanzreferent:innen der VS und dem:der Beauftragten für den Haushalt zusammen.
- (4) Finanzbeschlüsse werden vom Vorstand des Doktorandenkonvents mit einfacher Mehrheit beschlossen. Antragsberechtigt sind alle Doktorand:innen.
- (5) Zusätzlich können Finanzbeschlüsse auch von der Vollversammlung mit einfacher Mehrheit beschlossen werden. Antragsberechtigt sind alle Doktorand:innen.

## § 11 – Inkrafttreten

- (1) Die Geschäftsordnung tritt auf Beschluss der Vollversammlung in Kraft.
- (2) Die Geschäftsordnung wird auf der Homepage des Doktorandenkonvents veröffentlicht.

## Rules of Procedure for the Doctoral Convention of Heidelberg University

Doktorandenkonvent Universität Heidelberg  
Im Neuenheimer Feld 370  
69120 Heidelberg

The Doctoral Convention of Heidelberg University has adopted the following rules of procedure at its constitutive assembly on 26th November 2015 according to the Higher Education Act of the state of Baden-Württemberg section 38 paragraph 7 sentence 4. It was last amended on 31.05.2021.

[The following translation is only for the purpose of information and has no legally binding character.]

### §1 – Self-conception and tasks of the Doctoral convention

- (1) The Doctoral convention considers itself the central forum and representation of all doctoral candidates of Heidelberg University.
- (2) It represents the interests of the doctoral candidates of all fields of study and all types of study. Its task is the representation of the doctoral candidates at Heidelberg University, concerning their legal and social status, their type of study, their financial situation as well as further related topics. In particular, the Doctoral convention makes recommendations upon doctoral regulations.
- (3) The Doctoral convention respects subject-specific scientific cultures as well as the freedom of research and protects both actively.
- (4) As a convention at university-level, it promotes the interdisciplinary and international networking of the doctoral candidates and their exchange.
- (5) The Doctoral convention considers itself an intermediary between the boards of the University, other institutions that are important for the interests of doctoral candidates, and the doctoral candidates and pursues a constructive cooperation with these boards. The same applies to the cooperation with conventions of other universities.

### §2 – Clause of gender equality

All designations of persons, offices and functions within these present rules of procedure apply to all genders and sexes.

### §3 – Definitions and assignments

- (1) A doctoral candidate of Heidelberg University is a person, who has been accepted as a doctoral candidate by a faculty's doctoral examination board of Heidelberg University.
- (2) The Doctoral convention is the association of all doctoral candidates of Heidelberg University.
- (3) Within the framework of the Doctoral convention, each faculty of Heidelberg University is assigned to one of four fields of study.
  - (a) The Faculty of Philosophy, the Faculty of Modern Languages and the Faculty of Theology are assigned to the field of study "humanities".
  - (b) The Faculty of Biosciences, and the Medical Faculties of Heidelberg and Mannheim are assigned to the field of study "life sciences".
  - (c) The Faculty of Chemistry and Geoscience, the Faculty of Mathematics and Computer Sciences and the Faculty of Physics and Astronomy are assigned to the field of study "natural sciences".
  - (d) The Faculty of Economics and Social Sciences, the Faculty of Behavioural and Cultural Studies and the Faculty of Law are assigned to the field of study "social sciences".
- (4) These rules of procedure distinguish between three types of studies within the framework of the Doctoral convention. It is possible that a doctoral candidate can be assigned to more than one type of study.
  - (a) A "doctoral candidate with a qualifying position" is a doctoral candidate, who is employed by an institution of Heidelberg University or an external scientific institution and who fills a qualifying position, within which he is working on a dissertation.
  - (b) A "doctoral candidate within the framework of a graduate program" is a doctoral candidate, who is a member of a graduate school or of a comparable institution and who is working on a dissertation within a structured doctoral program.
  - (c) A "doctoral candidate within an individual doctorate" is a doctoral candidate, who is working on a dissertation under individual guidance without any structured doctoral programme.
- (5) Institutions of the Doctoral convention are (a) the executive committee and (b) the working groups.

### §4 – Executive committee

- (1) The executive committee consists of eleven members. It comprises of two representatives of each field of study (according to §3(3)) and one representative of each type of study (according to §3(4)). Within one field of study the two members of the executive committee belong to different faculties, if this is possible according to the candidatures.
- (2) The tasks of the executive committee are in particular:

- (a) The representation of the doctoral candidates according to its formation.
  - (b) Decision-making and implementation in the name of the Doctoral convention concerning current and permanent tasks.
  - (c) The making of recommendations in the name of the Doctoral convention.
  - (d) Communication with other institutions and boards of the university as well as to external institutions in case these are entrusted with tasks that concern doctoral candidates.
  - (e) Confirmation of working groups of the Doctoral convention as well as initiation of working groups in case of faculty-specific issues.
  - (f) Realization of the annual general assembly as well as the regular meetings.
- (3) The executive committee has a quorum when the majority is present. If the executive committee does not have a quorum, for urgent cases it may convoke an exceptional meeting within one week, at which the executive committee has a quorum independent of the number of members present. The members of the executive committee have equal rights and take their decision by simple majority. If there is equality of votes, the decision is taken by the vote of the speaker (elected according to §4(4)) counts.
- (4) The members of the executive committee elect a speaker and a deputy speaker among its members. In each case the person obtaining the largest number of votes is elected. If there is equality of votes, a run-off election is held between the two candidates with the highest number of votes. If the run-off election does not yield a result, the decision is taken by drawing lots.
- (5) The executive committee holds meetings periodically. The meetings of the executive committee have to be announced to all members at least two days before the meeting including a preliminary agenda. The agenda is set at the beginning of the meeting.
- (6) The executive committee nominates the candidates for the Council of Graduate Studies and the Extended Directorate of the Graduate Academy, preferably among the members of the executive committee. The number of candidates is determined in accordance with the valid rules of procedure of these two boards.
- (7) The members of the executive committee elect among its members a representative for the issues of international doctoral candidates.
- (8) Resignations from the executive committee have to be announced subjected to a notice period of four weeks. If a member of the executive committee completes his dissertation, his appointment in the executive committee expires as well. In these cases open seats shall be offered according to §5 (6) to the subsequent candidate of the last general assembly who has obtained at least one vote.
- (9) The executive committee is responsible to communicate its decisions and the voting results of the general assembly to the institutions and boards of Heidelberg University.

## §5 – Election of the executive committee

- (1) The members of the executive committee are elected by all present persons entitled to vote at the general assembly. The responsibility for organizing and holding the election in execution resides with the executive committee in charge. Counting of the vote may not be done by the candidates for this election.
- (2) Each member of the executive committee is elected for a period of one year. Five reelections are possible. The office period of one year also applies to all tasks among the executive committee according to §4(4) to (7) unless the constitutions of the administrative bodies don't say otherwise.
- (3) By election, the Doctoral convention mandates the executive committee to speak and to take decisions in the name of the Doctoral convention.
- (4) Each doctoral candidate of Heidelberg University holds the passive voting right for the seats of the executive committee he himself correlates with [according to his field of study and his type of study]. Running for candidacy for several seats are possible, multiple elections not. If a person candidates for multiple seats and he is the only candidate for one of the seats, his candidature is automatically reduced to the seat he is the only candidate for. If a candidate wins multiple seats, he is elected for the seat that he received more votes relatively to the total sum of votes for the respective list of candidates. A call for candidature has to be performed by the executive committee in charge six weeks before the appointed date of the general assembly. Candidatures have to be announced to the executive committee two weeks before the general assembly.
- (5) Every doctoral candidate (according to §3(1)) holds active voting rights for the field of study and the type of study (according to §3(3) and §3(4)) he belongs to. If a doctoral candidate identifies with more than one field of study or to more than one type of study, the choice which field of study or type of study to vote for remains with the doctoral candidate. Each doctoral candidate is entitled to vote for his field of study, for which he can cast up to two votes, and for one type of study, for which he can cast one vote. For each candidate, only one vote can be casted.
- (6) Concerning the seats of the types of study, the candidate who receives the most votes for the respective type is elected. If a candidate received no single vote, he can't be elected. Concerning the seats of the fields of study the two candidates who receive most votes are elected. If both winning candidates of one field of study belong to the same faculty, and if there are candidates who received votes and belong to other faculties within this field of study, the second seat goes to the candidate, who doesn't belong to the faculty of the candidate with the most part of the votes and received the second most number of votes.
- (7) If no candidate runs for a seat in the executive committee, any doctoral candidate can run for it regardless of his field or type of study.
- (8) In case of a voting tie, the decision between the two equal candidates is made by drawing lots.

The procedure of drawing lots remains with a member of the general assembly who is not a member of the executive committee and who is elected by the general assembly with simple majority.

- (9) The right to vote at the general assembly is proved either by the document verifying the acceptance as a doctoral candidates by a faculty of Heidelberg University or by a document of enrolment as doctoral candidates at Heidelberg University. Alternatively, the right to vote can be provided by comparing the name (first and last name) with the database of the Doctoral s' Office of the University of Heidelberg, which is carried out by members of the current executive committee.
- (10) If the executive committee would like to step back, the executive committee has to convene an extraordinary general assembly within the time limit given in §5(4) and §6 has to hold new elections for the executive committee.
- (11) A deselection of the complete executive committee can be requested by the submission of 500 signatures from doctoral candidates together with the nomination of at least seven candidates according to §5(4). In this case the executive committee has to summon an exceptional general assembly according to the time limits in §5(4) and §6 a to hold new elections for the executive committee.
- (12) In order to ensure a continuous working flow of the Doctoral convention, an Advisory Council may be established consisting of:
- (a) Three representatives which are elected by the former executive committee among its members. They serve for up to three months after the election of the executive committee.
  - (b) Advisory doctoral candidates who may be appointed by the executive committee.
- The members of the Advisory Council are to be involved in the work of the executive committee but have neither a function of representation nor a voting right.
- (13) In exceptional situations, in particular when holding a plenary assembly as a video conference in accordance with § 6 a, the election of the executive committee may be carried out using a suitable digital system.
- (14) Usually the legislative period of the executive committee lasts from 1<sup>st</sup> of October until the 30<sup>st</sup> of September of the following year.

## §6 – General assembly

### (1) Summoning a general assembly

- (c) Once a year the executive committee in charge summons a regular general assembly of all doctoral candidates. The invitation has to be sent two weeks in advance and has to include the applications and the agenda of the assembly. The tasks of the regular general assembly

are the election of a new executive committee and, if needed, the amendment of the rules of procedure. The general assembly is led by the speaker of the executive committee in charge and is open to the public. The general assembly takes its decisions by simple majority.

- (d) For important matters an exceptional general assembly can be summoned. Invitation, moderation and decision making are analogous to the regular general assembly.
- (2) The executive committee reports to the regular general assembly on last year's activities and is discharged by the general assembly.
- (3) The regular and exceptional general assembly has to be recorded. The record has to be signed by the chairman of the general assembly and by the recorder. The record is published on the website of the convention. The provisions of data security have to be met.
- (4) The language of the regular and exceptional general assembly is German and/or English, as circumstances require. Important documents (invitations, the rules of procedure and records) of the Doctoral convention have to be provided in German and in English.

## § 6 a General Assembly in the form of a video conference

- (1) In exceptional circumstances, where it is not possible, proportionate or admissible to hold a face-to-face meeting, a plenary assembly may be held by a videoconference. The decision to hold such a form of conference is made by the executive committee. Prior registration of the participants for such a plenary meeting shall be made; the executive committee will determine the details.
- (2) The selection of a suitable system for the video conference as well as a suitable transmission format for consultation documents is in the responsibility of the executive committee in compliance with other legal requirements. The chairperson of the meeting must make the necessary presettings in the system in accordance with the respective state of the art, which ensure the use and technical functionality in conformity with data protection regulations. The system for the video conference must not cause any additional costs for the individual participants - apart from the use of suitable hardware and an internet connection. The chosen form of the conference must enable the committee to reach a joint decision that is essentially comparable to a face-to-face meeting. If necessary, an additional system can be used to conduct elections and votes in parallel. Appropriate technical, personal and financial measures must be taken to ensure that the election or vote can take place without any possibility of manipulation and while maintaining the secrecy of the ballot.
- (3) Unless otherwise provided in this paragraph, the other provisions of the Rules of Procedure shall apply accordingly to video conferences.
- (4) The calling of a video conference shall also be made by stating the dial-in data; the dial-in data must be provided at the latest on the working day preceding the video conference. The chairperson of the meeting shall inform the eligible persons about the system requirements for participation and operation in good time to enable them to take the necessary measures on their part. The invitation

and, if applicable, consultation documents will be transmitted exclusively electronically.

(5) Upon successful establishment of the connection to the selected system, the participating person is deemed to be present. A connection is considered successful if the chairperson of the meeting can establish the identity beyond doubt, the person participating can follow the course of the meeting in sound and vision and can communicate with the other participants. Anyone who has registered for the plenary meeting but cannot establish an uninterrupted connection and does not complain to the chairperson is also considered to be present.

(6) At the beginning of the meeting, the chairperson checks the identity of those present and their actual ability to participate. A recording of the meeting is not permitted.

(7) If the transmission of the meeting is interrupted for technical reasons, the management of the meeting shall determine an appropriate interruption of the meeting so that the participants can reconnect to the system. If this is not possible, the chairperson of the session shall decide whether to continue the session or to interrupt it prematurely and reconnect to the system at a later date, if necessary using a different system.

(8) Before a vote is taken, the chairperson must ensure that the prerequisites for the participation of all participants are still met. Voting must be conducted in such a way that the result of the vote can be determined beyond doubt and that inadmissible multiple votes and votes by non-voting participants are excluded.

(9) If votes or elections are to be conducted by secret ballot, the resolution must be adopted by a suitable electronic procedure. The candidacies for the election of the executive committee are usually announced during the general assembly. If the election cannot take place in presence for extraordinary reasons, it is incumbent on the current executive committee to carry out the election with a suitable digital system. The election result is then added to the minutes of the general meeting and published together with the minutes.

(10) The minutes must also contain the following information:

- the nature of the meeting (video conference),
- the system used,
- the presence as video participation,
- the reasons for conducting it as a video conference,
- the type of voting and other instructions from the session chairperson on how to conduct the videoconference.

## §7 – Regular meetings

- (1) The regular meetings take place at least one time per semester and are open to all doctoral candidates (according to sec. 3 para. 1). The task of the regular meetings is the management on current and permanent issues. Every doctoral candidate has the right to speak at regular meetings. Regular meetings are led by a member of the executive committee, who is elected by the executive committee among its members.
- (2) The executive committee decides on the dates of the regular meetings. The dates have to be announced by the executive committee at least four weeks in advance. Proposals to the agenda have to be communicated to the executive committee at least two weeks before the regular meeting. The executive committee develops the agenda and announces it one week before the date of the regular meeting.
- (3) At regular meetings members of the executive committee has the right to vote.
- (4) The regular meetings have to be recorded. The record has to be signed by the chairman and by the recorder. The record is published on the website of the convention. The provisions of data security have to be met.
- (5) The language of the regular meetings is German and/or English, as circumstances require.

## §8 – Topical and faculty-related working groups

- (1) Topical working groups have the task to contribute to the work of the Doctoral convention by working on issue-specific questions and by preparing recommendations and appropriate steps concerning these issues. Faculty-related working groups shape the work of the Doctoral convention by preparing recommendations on doctoral regulations and other issues concerning a specific faculty.
- (2) Three or more doctoral candidates can establish a topical working group of the convention. Issue, task and aim of the working group have to be explicitly specified.
- (3) The working groups are confirmed as official working groups of the convention at a regular meeting.
- (4) According to its task to represent the doctoral candidates, the executive committee has to take the results of the working groups into account. For a decision against the recommendation of a topical working group, the majority of the members present has to consent; for a decision against the recommendation of a faculty-related working group, two thirds of the members present have to consent.
- (5) Faculty-specific issues (changes to the doctoral regulations or similar) should be dealt with by the executive committee with the involvement of doctoral candidates from the faculty concerned.
- (6) A working group should permanently consist of at least three members. New and resigning

members of a working group have to be notified to the executive committee.

- (7) Every working group elects among its members a speaker who functions as a contact person to the executive committee.
- (8) The working groups, their members and speakers have to be disclosed on the website of the doctoral convention together with contact information.
- (9) The reports on intermediate results of the working groups are to be put on the agenda of every regular meeting.
- (10) A working group is dissolved by the executive committee at a regular meeting if the aim of the working group is achieved, if gross violations of the issue and the aim of the working group emerge or if this aim isn't pursued on a permanent basis anymore.

## §9 – Amendment of the rules of procedure

- (1) An amendment of the rules of procedure has to be adopted at a general assembly by a majority of all present persons entitled to vote.
- (2) The request for an amendment has to be filed to the executive committee in writing with a statement of reason.
- (3) The request for an amendment has to be announced together with the invitation to the general assembly.

## §10 – Finances

- (1) According to §65 a (5) Higher Education Act, the Doctoral convention uses the dues of the enrolled doctoral candidates for their purposes.
- (2) The dues are managed by the Body (VS) and assigned in coordination with the Doctoral convention. The Finance Regulations of the VS are used to regulate the management of the funds of the doctoral candidates. The Doctoral convention pays a financial contribution to the VS. This contribution covers the administration expenses of the VS as well as the services of the VS which can be made use of by doctoral candidates.
- (3) The executive committee appoints up to two doctoral candidates as finance commissars. They compile a budgetary plan and work together with the finance officer and budget commissioner of the Body.
- (4) Financial resolutions are passed by the executive committee of the doctoral convention by a simple majority. All doctoral candidates are entitled to apply.
- (5) In addition, financial resolutions may also be passed by the General Assembly by a simple majority. All doctoral candidates are entitled to apply.

## §11 – Entry into force

- (1) The rules of procedure come into force by resolution of the general assembly.
- (2) The rules of procedure are published on the Homepage of the Doctoral convention.